



LEBEN LERNEN

Kinder- und jugendpolitisches Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages 2004

LEBEN LERNEN benennt die Aufgabe unserer Gesellschaft, „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ zu fördern und zu unterstützen. LEBEN LERNEN meint jedoch mehr als institutionelle Förderung und Unterstützung. Kinder und Jugendliche sehen sich zunehmend mehr Chancen und Risiken bei der Ausgestaltung ihres Lebens gegenüber. Dabei entwickeln die meisten mit Verantwortung und Eigensinn selbstständige Formen der Lebensgestaltung. Diese Verselbstständigungstendenzen artikuliert das Motto LEBEN LERNEN und es akzentuiert zugleich die Tatsache, dass Mädchen und Jungen sowie junge Frauen und junge Männer selbst inszenierte Sozialisationsprozesse wünschen und ihrer bedürfen. Dabei vergrößert sich der Wunsch nach selbst bestimmter Lebensgestaltung von der Kindheit bis zur Jugend und nimmt unterschiedliche Formen an.

Der 12. Kinder- und Jugendhilfetag setzt mit den vier Themenschwerpunkten „Kultur und Kulturen des Aufwachsens“, „Bildung als Lebensaufgabe“, „Jung sein in einer alternden Gesellschaft“ und „soziale Gerechtigkeit ist kein Luxus“ Akzente, wie die Lebenslagen junger Menschen sowie die Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe heute zu bewerten sind. Hiermit sind gesellschaftliche Herausforderungen verbunden sowie kinder- und jugendpolitische Fragen berührt, die auch auf Ambivalenzen aufmerksam machen:

- Familien sind die Quelle sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitals, aber sie verlieren auch durch Institutionen, Medien, Peergroups und viele andere Faktoren an Einfluss; das heißt, sie sind für Kinder und Jugendliche gleichermaßen wichtiger wie unwichtiger geworden.
- Geschlecht ist nach wie vor ein einflussreiches Merkmal, auch wenn sich Lebenslagen und Lebensführung von Mädchen und Jungen teilweise stark angeglichen haben.
- Aus dem Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen stellen sich vor dem Hintergrund eines sich vereinigenden Europas zusätzlich Fragen und Orientierungsaufgaben.
- Bildung wird zur Lebensaufgabe und lebenslanges Lernen ist unabdingbar geworden, gleichzeitig schaffen Bildungsabschlüsse nicht zwangsläufig individuelle Sicherheit.
- Die demographische Entwicklung führt dazu, dass Kinder zu einem knappen Gut werden; gleichzeitig werden sie zu einer marginalen Gruppe in einer alternenden Gesellschaft.
- Während auf der einen Seite die Kinder- und Jugendhilfe ein selbstverständliches Angebot für immer mehr junge Menschen und ihre Familien wird, besteht

von der aktuellen Politik auf der anderen Seite die Gefahr, dass sie auf die Zuständigkeit für Benachteiligte reduziert wird.

- Reformen des Sozialstaates sind notwendig, müssen sich aber daran messen lassen, inwieweit sie an dem Ziel sozialer Gerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und ihre Familien festhalten.

Kultur und Kulturen des Aufwachsens

Der Weg durch Kindheit und Jugend hat neue Verläufe gesucht und gefunden. Die individuell zu bewältigenden Probleme und sozialen Risiken haben strukturell zugenommen und deren Bewältigung ist nicht mehr ausschließlich familiär zu organisieren. Beispielsweise kann die Versorgung von Kindern vor dem Eintritt in eine Kindertageseinrichtung und zwischen Schul- und Familienzeiten heute in vielen Fällen nicht mehr ausschließlich familiengebunden gewährleistet werden. Die Identitätssuche von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen - und insbesondere von jenen mit Migrationshintergrund - sowie der Orientierungsbedarf in Erziehungsfragen verlangen nach gesellschaftlich integrierenden Lösungen.

Die Sozialisationsinstanzen werden von Kindern und Jugendlichen nicht mehr durchgängig als bedeutend und unhinterfragbar erlebt und empfunden. Kinder und Jugendliche suchen und finden heute ihre Wege in der Balance zwischen Schule und Clique, Familie und außerhäuslichen Aktivitäten sowie zwischen individuellen und institutionell vorgegebenen Zeitrahmungen. Viele Heranwachsende sind in der Lage, eine Alltagspraxis zu leben und auszugestalten, die Anforderungen und Möglichkeiten der modernisierten Gesellschaft produktiv zu nutzen weiß.

Schule, Ausbildung und Beruf verlieren zwar nicht an biographieprägender Bedeutung, aber die Integration und das Engagement in kulturelle und soziale Freizeitnetze haben zusätzlich die autonom gestaltbaren, nur schwach institutionalisierten Orte und Räume gestärkt. Formen der selbst gewählten Lebensführung erfahren gegenüber den klassischen Sozialisationskontexten einen Bedeutungsgewinn. Freizeit beispielsweise wird immer mehr ein entscheidender gesellschaftlicher Raum des Identitätserwerbs und trägt auch zur Reproduktion von sozialen und kulturellen Unterscheidungen und Ungleichheiten bei. Die Zeichen und »Dresscodes« der Modeindustrie und des Musikmarktes, die attraktiven Orientierungsangebote der Medienlandschaft sowie die ästhetischen Muster der medial präsentierten „Glamour“-Jugendkulturen gewinnen an Relevanz und stehen zum Teil in einem Spannungsverhältnis zu den klassischen Sozialisationsinstanzen.

Eine komplexer und teilweise unübersichtlich werdende Gesellschaft verstärkt die Anforderung an immer mehr Jugendliche und zunehmend auch schon an ältere Kinder, eine »Patchwork-Identität« zu entwickeln, mit der sie situativ unterschiedliche Aufgaben zu »meistern« suchen. Ob sie pragmatische, idealistische, karrieristische oder spaß- und lustbetonte, systemkonforme oder nonkonforme Lebensbewältigungsstrategien und entsprechende Alltagskulturen favorisieren, bleibt abhängig von den gegebenen sozialen, kulturellen und materiellen Möglichkeiten. Nicht für alle Kinder und Jugendlichen sind die Phasen des Heranwachsens bruchlos, harmonisch und sorgenfrei. Gerade lebensweltferne, mediale Angebote erzeugen Illusionen, die zum erlebten Alltag und dessen Möglichkeiten im Gegensatz stehen und deshalb nicht bruchlos und risikofrei zu vereinbaren sind. Jungen Menschen obliegt heute schon früh das Risiko, den Weg durch die Phasen des Aufwachsens eigenständig auszubalancieren und Entscheidungen für

diese oder jene Aktivität legitimieren zu müssen. Für Mädchen und junge Frauen ist diese Phase seit langem mit der Erfahrung von Widersprüchen und Uneindeutigkeiten zwischen individuellen Vorstellungen und gesellschaftlichen Leitbildern verbunden. Auch Jungen müssen sich solchen Anforderungen zunehmend stellen, weil die gesellschaftliche Gewissheit über die männliche Normalbiografie abnimmt.

Kinder und Jugendliche unterliegen der Gefahr des Scheiterns insbesondere da, wo Erwachsene als verlässliche Lebensplanberaterinnen und -berater fehlen oder nicht mehr akzeptiert werden können sowie die Anerkennung in der Schule, Familie oder durch Freizeitaktivitäten nicht erlangt werden kann. Gleichermaßen gehen die mit den formalen Netzen verbundenen Sicherheiten traditionsbezogener Bindungen und die Stabilität und Nähe sozialer Milieus verloren.

Ungleichheitsstrukturen zwischen Jungen und Mädchen deutscher Nationalität und insbesondere mit Migrationshintergrund verschärfen sich zunehmend. Unter ihnen finden sich Kinder und Jugendliche, die sich mit ihrer Geschichte, ihren sozialen, kulturellen und religiösen Traditionen und Orientierungen in der fremden und doch heimisch gewordenen Gesellschaft erfolgreich und mit Gewinn platzieren. Unter ihnen befinden sich aber auch immer mehr, denen dies nicht ohne weiteres gelingt und die nicht gelernt haben, für moderne Gesellschaften tolerierbare Lösungsmuster zu finden. Die Problemhäufungen sind auch regional unterschiedlich ausgeprägt. Die täglich erfahrenen Diskrepanzen zwischen familiären und öffentlich erlebten Traditionen, zwischen religiösen Weisungen und moderner Beliebigkeit können sie weder auffangen noch ausgleichen. Der Weg durch die Kindheits- und Jugendbiographie kann insbesondere für sie zu einer schwierigen, holprigen Tour – für viele sogar zu einer Tortur – werden, mit dem Risiko der kulturellen gesellschaftlichen Offenheit mit dogmatisch gefärbten Orientierungen zu begegnen. Gleichzeitig erfahren viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund unsere Gesellschaft als eine offene, soziale und kulturelle Reichhaltigkeit akzeptierende und anerkennende Gesellschaft.

Bildung als Lebensaufgabe

Bildung ist bestimmend für die Lebensführung und wird zunehmend zu einer Lebensaufgabe. Bildung ist heute die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die der Alltagsbewältigung dienen. Aber Bildung ist nicht auf unmittelbar verwertbares Wissen oder berufsverwertbare Fertigkeiten zu reduzieren. Sie beinhaltet die Aneignung reflexiver und sozialer Kompetenzen, die es insbesondere ermöglichen, verantwortlich zu handeln und Gesellschaft mitzugestalten.

Bildungs- und Lernorte haben sich vervielfältigt und sind zum Teil entkoppelt von Schule, Hochschule und Beruf. Kinder und Jugendliche lernen in Peergroups und in Medien- und Konsumwelten von- und miteinander. Nicht nur Junge lernen von Alten, auch ältere Menschen lernen von jüngeren Menschen.

Bildungszeiten verändern sich; lebenslanges Lernen wird immer mehr Aufgabe der Menschen einer modernen Gesellschaft. Heute kann keiner mehr sicher sein, dass das einmal erworbene Wissen in der Jugendphase ausreicht, vielmehr muss das Wissen kontinuierlich aktualisiert oder ausgetauscht werden. Berufsbiographien ändern sich für fast alle Erwerbstätigen. Tendenziell werden in allen Bereichen des Arbeitsmarktes feste Stellen mit Rentenansprüchen und Sozialversicherung abgelöst von zeitlich befristeten Projektaktivitäten und zum Teil prekären Arbeitsverhältnissen. Prognosen nach zu urteilen wird schon 2010 jeder zweite Beschäftigte so seinen Lebensunterhalt bestreiten

müssen. Aber auch in vermeintlich sicheren Arbeitsverhältnissen und sog. Karriereberufen ist lebenslanges Lernen erforderlich. Bildung ist deshalb ein Generationenthema und Teil eines neuen Generationenvertrages.

Kinder fangen nicht erst in der Schule an zu lernen, sondern haben eine besonders große Lernfähigkeit im Alter zwischen 0 und 6 Jahren, in dem Weichen für die Zukunft gestellt werden. In diesem Bereich ist deshalb deutlich mehr zu investieren als bisher.

In unserer Gesellschaft wirken nach wie vor soziale Auslesemechanismen im Hinblick auf den Zugang zur Bildung und auf die Bildungsabschlüsse. Das soziale, kulturelle und ökonomische Kapital von Familien und das frühe Festlegen der Kinder auf überwiegend hierarchisch gegliederte und wenig durchlässige Bildungswege sind immer noch ausschlaggebend für Bildungserfolg oder -misserfolg des Einzelnen. Das uneingelöste Versprechen der Schule „Bildungsgerechtigkeit“ zu schaffen, muss deshalb zum Beispiel durch differenzierte bedarfsgerechte Förderung des einzelnen, innovative Ganztagsangebote, durch Qualitätsentwicklung und Eigenverantwortlichkeit der Schulen sowie Anreizsysteme für engagierte Lehrerinnen und Lehrer eingelöst werden.

Eine Bildungsoffensive, die Bildungschancen für alle ernst nimmt, muss an aktuell feststellbare Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen anknüpfen und entsprechende Veränderungen einleiten. Im Sinne einer „Pädagogik der Vielfalt“ ist es notwendig, Differenzierungen wie Geschlecht und auch Ethnizität, Handicaps etc. strukturell in den Angeboten zu berücksichtigen.

Jung sein in einer alternden Gesellschaft

Die demographischen Verschiebungen hin zu einer alternden Gesellschaft sind nicht nur ein sozialpolitisches Problem der Versorgung einer wachsenden älteren durch eine schrumpfende jüngere Generation. Der dem sozialen Sicherungssystem zugrunde liegende Generationenvertrag ging bislang davon aus, dass sich eine Generation soweit reproduziert, dass die Sicherungssysteme damit finanziert werden können. Diese Prämisse hat sich entschieden verändert. Auf Grund des gewandelten generativen Verhaltens reproduziert sich eine ganze Elterngeneration nur noch gut zur Hälfte.

Zur Zeit beträgt der Anteil junger Menschen unter 20 Jahren 21% der Bevölkerung, der Anteil der über 65-Jährigen beträgt 16%. Dieses Verhältnis wird sich im Jahre 2020 umkehren. Heute bereits sind die Beiträge von drei Erwerbstätigen notwendig, um eine Rente zu finanzieren. Diese Entwicklung wird sich bis zu einem 1:1 - Verhältnis fortsetzen. Die Integrationsproblematik junger Menschen in den Arbeitsmarkt ist offenkundig. Erwerbsarbeit ist aber das zentrale Integrationsprinzip moderner Gesellschaften, die Integration in den Arbeitsmarkt setzt auch die Integration in andere gesellschaftliche Bereiche voraus bzw. hat dies zur Folge. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt sichert soziale Integrität und stiftet Identität. Fraglich ist, ob alle Jugendlichen für die künftigen Anforderungen qualifiziert und mit Zukunftskompetenzen ausgestattet werden.

Das sich verändernde Verhältnis der Generationen zueinander muss auch unter weiteren Gesichtspunkten begriffen werden. Es ist in der Tat nicht nur eine Herausforderung der Neugestaltung sozialer Sicherungssysteme und der Neuformulierung eines Generationenvertrages; es ist auch ein Problem der Jugend in dieser Gesellschaft - es ist darüber hinaus auch ein jugendpolitisches Thema mit dem Ziel der Zukunftssicherung der Gesellschaft. Der derzeitige Generationenvertrag und die damit zusammenhängenden immer deutlicher werdenden Schwierigkeiten basieren im Übrigen auf einem Frauenbild,

das deren Lebensrealitäten nicht mehr entspricht. Eine Neubestimmung des Generationenvertrages muss deshalb auch die veränderten weiblichen Biografien zum Ausgangspunkt nehmen.

Während sich die Generationenbeziehungen in den letzten Jahrzehnten zugunsten eines partnerschaftlicheren Verhältnisses verändert haben, wird in dem Bereich der Sozial- und Familienpolitik an einem traditionellen Generationenverhältnis strukturell festgehalten.

Soziale Gerechtigkeit ist kein Luxus

Junge Menschen müssen heute andere Lebensentwürfe planen als ihre Eltern. Während die Herkunftsfamilie als Maßstab der Identitätsentwicklung an Bedeutung verliert, wächst zugleich die Relevanz ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen, die Familien für das Aufwachsen junger Menschen zur Verfügung stellen können; d.h. soziale Ungleichheiten werden nach wie vor „vererbt“. Insgesamt ist der Zusammenhang von wachsenden Anforderungen an eine gelingende Lebensführung junger Menschen und stärkerer Angewiesenheit auf öffentliche Unterstützungsleistungen unabweisbar. Soziale Gerechtigkeit kann deshalb nicht auf die Eigenverantwortung des Einzelnen übertragen werden. Unbestritten erforderliche Modernisierungen des Sozialstaates müssen die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zum Ausgangspunkt nehmen und dürfen die junge Generation nicht nur als die späteren Alten in den Blick nehmen. Aktuell konzentrieren sich die entsprechenden Reformen vorrangig auf Veränderungen der Leistungsstruktur der Sozialversicherungssysteme, auf eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und auf einen Ausbau der Angebote für unter Dreijährige und der über Sechsjährigen.

Das Vorhandensein familialer Ressourcen wird oft als mehr oder weniger selbstverständlich vorausgesetzt. Allzu häufig wird übersehen, dass die Komplexität des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen sich zu aller erst in den Familien konkretisiert und diese vor erhebliche Anforderungen stellt. Der familialen Lebensrealität muss zukünftig besser entsprochen werden, indem die Frage beantwortet wird, wie der Unterstützungs- und Ergänzungsbedarf der Familien angesichts ihrer strukturellen Benachteiligung bedarfsgerecht befriedigt werden kann. Die Umsetzung eines solchen Bedarfes müsste dann allerdings eine neue Ausbalancierung des Verhältnisses von privater *und* öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen der jungen Generation zur Folge haben. Öffentliche Verantwortung tritt dabei nicht an die Stelle privater Verantwortung, sondern stärkt diese und fördert Familien in der Wahrnehmung ihrer privaten Zuständigkeiten.

Die Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien sind auf die politisch verantwortete Gestaltung und Absicherung einer sozialen Infrastruktur angewiesen, die Hilfen zur Stärkung und Nutzung eigener Ressourcen der Lebensbewältigung zur Verfügung stellen. Eine solche soziale Infrastruktur insgesamt ist ein Ausdruck öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Sie wird zunehmend zur konstitutiven Voraussetzung für die Wahrnehmung der privaten Verantwortung prinzipiell aller und nicht nur sozial benachteiligter Familien für das Aufwachsen der nachwachsenden Generationen. Sie ist somit eine grundlegende sozialstaatliche Aufgabe.

Konsequenzen für die Kinder- und Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche wünschen und brauchen soziale Kontexte, in denen sie sich mit den erzieherischen Intentionen der Erwachsenengeneration auseinandersetzen können. Kinder und Jugendliche wünschen und erwarten sie akzeptierende gesellschaftliche Netzwerke der Erziehung. Kinder und Jugendliche wollen auch die Anerkennung der von ihnen entwickelten sozialen Modalitäten und Verständigungsformen, die Unverletzlichkeit ihrer sozialen Orte und kulturell-ästhetischen Muster sowie Respekt vor den von ihnen entwickelten Formen und Regularien ihrer Lebensführung.

Kultu- ren des Auf- wach- sens

Die Kinder- und Jugendhilfe versteht sich als ein gesellschaftlich gefördertes Sozialisationsfeld, das diesen Anliegen entgegen kommt, sie respektiert und die adoleszenten, zuweilen konflikthaltigen Aushandlungs- und Verständigungsprozesse ermöglicht. Die Kinder- und Jugendhilfe, verstanden als ein bedarfs-, bedürfnis- und dienstleistungsorientiertes Angebot an junge Menschen und ihre Familien, will mit ihren Maßnahmen und Projekten Kindern und Jugendlichen das Finden ihres Ortes in der Gesellschaft ermöglichen sowie ihre Suche nach ihrem Lebensziel und -sinn unterstützen.

Die Kinder- und Jugendhilfe engagiert sich in ihren Angeboten und Einrichtungen nachdrücklich für mehr kulturelle Offenheit und Akzeptanz und nimmt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zum Bezugspunkt einer nationalen wie europäischen Kinder- und Jugendpolitik. Kindern und Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund muss die Chance gegeben werden, ihre religiösen und kulturellen Traditionen zu bewahren und kritisch anzufragen wie gleichfalls die Möglichkeit, ihre Anliegen, sozialen und kulturellen Orientierungen in einer offenen Gesellschaft zu kommunizieren. Dies erfordert zukünftig verstärkte Beiträge der Kinder- und Jugendhilfe.

Jugendhilfe bietet unterschiedlichste Bildungs- und Lernorte, in den Tageseinrichtungen für Kinder, der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit mit ihrer vielfältigen Trägerlandschaft, den Hilfen zur Erziehung, der Familienbildung, der Jugendsozialarbeit, in selbstorganisierten jugendkulturellen Kontexten.

Bildung

Dieser gesellschaftliche Auftrag und die damit verbundene Bereitschaft, Kindern und Jugendlichen auch im außerschulischen Bereich bestmögliche Bildungschancen zu bieten, erfordert entsprechende Rahmenbedingungen und Finanzierungsgrundlagen. Beispielsweise soll im Bereich der öffentlichen Ausgaben für Einrichtungen für Kinder unter 6 Jahren das EU-Qualitätsziel als Richtschnur dienen, wonach nicht weniger als 1% des Bruttoinlandsproduktes für diesen Bereich aufgewendet werden soll; dieses Volumen wird in Deutschland bei weitem noch nicht erreicht.

Die Kinder- und Jugendhilfe muss ihren Bildungsauftrag offensiver umsetzen als bislang geschehen. Sie hat hier die Aufgabe, ihre Bildungsfelder zu profilieren und anwaltschaftlich einen Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten; Prozesse der Selbstbildung und Selbstorganisation haben in diesem Zusammenhang einen besonderen Stellenwert. Um dies zu gewährleisten, bedarf es u.a. eines hohen Maßes an sozialpädagogischer Professionalität und Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Schule, die systematisch und rechtlich verbindlich ausgestaltet sind. Eine Bildungsreform nur als Frage der Schulentwicklung zu begreifen, wäre zu kurz gedacht. Es geht um eine neue Qualität von Bildung, in der formelle, nichtformelle und informelle Bildung gleichrangig

miteinander verbunden werden und mit der demokratische Mitgestaltung vermittelt und eingeübt wird.

Es gehört zu den zentralen und konstitutiven Elementen eines demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, dass Menschen im Rahmen von Partizipation mitentscheiden können und Teilhabe als nützlich und sinnvoll erfahren. Für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedeutet dies, dass sie sehr viel stärker als bisher mit eingebunden werden müssen in informelle und formale Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, bzw. die ihre Zukunft als Erwachsene angeht.

Gene-
ratio-
nenver-
hält-
nis

Die Kinder- und Jugendhilfe muss Antworten auf die Frage finden, wie Teilhabe angesichts schwieriger werdender sozialpolitischer Rahmenbedingungen zu realisieren ist, insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung. Trotz der finanziellen Restriktionen öffentlicher Haushalte ist daran festzuhalten, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt des politischen Interesses zu stellen.

Es bedarf einer Jugend(hilfe)politik, die die Rahmenbedingungen eines gelingenden Aufwachsens der Gesellschaft sichert. Junge Menschen müssen die Erfahrung machen, dass sie gewünscht und gebraucht werden. Dies könnte ein Beitrag zur Veränderung des generativen Verhaltens sein. Eine alternde Gesellschaft muss nicht nur darauf achten, ob Alter und Altern gelingt. Sie muss ebenso darauf achten, dass Kinder und Jugendliche Rahmenbedingungen des Aufwachsens und der Teilhabe vorfinden, mit denen sich LEBEN LERNEN lohnt.

Die öffentliche Verantwortung für das LEBEN LERNEN muss in den aktuellen Debatten und Strategien über einen Abbau bzw. Umbau des Sozialstaates angemessen Berücksichtigung finden. Unterschiedlich prekäre Lebenslagen, sei es aus ökonomischen Gründen, aufgrund der regionalen Lage oder dem Migrationshintergrund geschuldet, führen zu Ausgrenzungen. Ein grundlegender Perspektivenwechsel sozialstaatlicher Reformen muss zu aller erst zum Ziel haben, Ausgrenzung junger Menschen zu vermeiden und Integration zu einer prägenden Erfahrung zu machen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich dabei als Interessenvertretung für ihre Adressatinnen und Adressaten im Eintreten für soziale Gerechtigkeit stärker profilieren.

Sozia-
le
Gerech-
tig-
keit

Zusätzlich gilt es, die bestehende soziale Infrastruktur auszubauen und weiterzuentwickeln, um den Bedürfnissen und Interessen sowie den spezifischen Unterstützungs- und Förderungsbedarfen von jungen Menschen und ihren Familien zu entsprechen. Die Gestaltung der sozialen Infrastruktur ist in erster Linie Auftrag einer ressortübergreifenden Kinder- und Jugendpolitik. Angesichts der öffentlichen Armut kann der Erhalt und Ausbau einer sozialen Infrastruktur nur dann gelingen, wenn Prioritäten so gesetzt werden, dass alle Politikbereiche bereit sind und verpflichtet werden, ihre Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu übernehmen.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
Osnabrück, 28. Januar 2004

*Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)
 Mühlendamm 3
 10178 Berlin
 Tel.: (030) 400 40 200
 Fax: (030) 400 40 232
 E-Mail: agj@agj.de
 www.agj.de*

*Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe wird aus Mitteln
des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.*